



# Kampfdrohnen schaffen keine friedlichere Welt

Prävention und Armutsbekämpfung müssen im Mittelpunkt deutscher Außenpolitik stehen / keine Auslandseinsätze

Aktuell gibt es keine Nachrichtensendung, in der nicht ausführlich über bewaffnete Konflikte und Kriege berichtet wird. Ob in der Ukraine, in Syrien oder dem Irak, stets ähneln sich die Bilder: Menschen töten und werden getötet – auch mit Waffen, die in Deutschland produziert wurden. Kriege kommen jedoch nicht einfach über uns und sind keine Naturkatastrophen. Kriege sind gewollt, werden vorbereitet und geführt.

Von Bundespräsident Gauck angestoßen, wird zurzeit laut über eine neue Rolle Deutschlands in der Welt und die Beteiligung an Militäreinsätzen nachgedacht. Im Sommer 2014 hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigt, sie wolle für die Bundeswehr Kampfdrohnen erwerben. Seit langem zählt Deutschland schon zu den weltweit führenden Waffenexportnationen. Jetzt wittert die Industrie ein weiteres Mal das große Geschäft. Denn mittelfristig soll auf europäischer Ebene ein eigenes waffenfähiges System entwickelt werden.



Die Erfahrung aus vielen kriegesischen Auseinandersetzungen zeigt: Militär löst keine Konflikte, Militärs sind vielmehr oftmals Teil des Problems. Deswegen setzt DIE LINKE auf Konfliktvermeidung statt auf Konfrontation.

Kampfdrohnen werden jedoch kein Beitrag zur Entwicklung einer friedlichen Welt und für mehr soziale Sicherheit sein, sondern im Gegenteil neue militärische Abenteuer provozieren. Die dramatischen Folgen sind jetzt schon absehbar: Leid und Elend der Menschen in den betroffenen Regionen.

DIE LINKE setzt statt auf Konfrontation auf Konfliktvermeidung: „Prävention und Armutsbekämpfung müssen im Mittelpunkt deutscher Außenpolitik stehen. Denn Frieden und soziale Gerechtigkeit bedingen sich gegenseitig. Wir können dem internationalen Terror damit den Nährboden

entziehen“, sagt der Vorsitzende und friedenspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag, Willi van Ooyen.

Deshalb fordert DIE LINKE den konsequenten Abzug deutscher Truppen aus allen Auslandseinsätzen. Van Ooyen: „Wir lehnen Aufrüstungsmaß-

nahmen der Bundeswehr, der Nato und der EU ab und treten für Abrüstung und den Umbau der Rüstungsindustrie ein. Wir fordern, dass die Rüstungsausgaben zur Lösung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben eingesetzt werden.“

Epidemien, Unterernährung, Hungersnöte und massenhaft Unterernährung, Flüchtlingsströme, die Zerstörung der Umwelt, innergesellschaftliche Konflikte gerade in den durch Unterentwicklung und Naturkatastrophen zerrütteten Staaten. All diese Herausforderungen könne man nicht durch Militär lösen.

DIE LINKE verfügt im Bereich der internationalen Politik über ein Alleinstellungsmerkmal: eine konsequente friedenspolitische Position. Und hat die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich: in Umfragen sprechen sich zwischen 60 und 85 Prozent der Befragten gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie für Einsparungen im Rüstungsbereich aus. Dieser Einschätzung sollte die Bundesregierung folgen.

## Augenwischerei statt guter Schulpolitik

Beim „Pakt für den Nachmittag“ sollen Städte und Gemeinden künftig für die Betreuung der Schulkinder zahlen

Der so genannte „Pakt für den Nachmittag“ – also der von der Landesregierung großspurig angekündigte Ausbau des Betreuungsangebots an Grundschulen auf freiwilliger Basis – entpuppt sich mittlerweile nicht nur als große Mogelpackung, sondern immer mehr auch als ein politisches Schmierentheater. Die schwarzgrünen Pläne sorgen vor allem für eines: Sie bringen den seit Jahren dringend notwendigen Ausbau echter Ganztagschulen in Hessen völlig zum Stehen.

### Nur fünf echte Ganztagschulen

Ungeachtet der Tatsache, dass es in ganz Hessen von über 1.000 Grundschulen gerade einmal fünf gibt, die tatsächlich einen rhythmisierten

Unterricht über den ganzen Tag hinweg anbieten, wird nun ein Programm aufgelegt, das mit Ganztagschule rein gar nichts mehr zu tun hat. Vielmehr geht es darum, Kinder auch am Nachmittag irgendwie betreut zu haben, und dies soll in Zusammenarbeit



DIE LINKE fordert echte Ganztagschulen statt Stückwerk in der Betreuung.

der Schulen und Kommunen geschehen – auf freiwilliger Basis.

Eltern, die in Kommunen leben, die sich den Pakt nicht leisten können oder wollen, haben Pech gehabt. Schulen sollen bis 14.30 Uhr die Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler tragen, die Kommunen im Anschluss bis 17 Uhr – auf eigene Kosten natürlich. Wie diese Zusammenarbeit genau aussehen soll, ist völlig ungeklärt. Klar ist hingegen, dass finanziell schwache Kommunen nur die Eltern zur Kasse bitten können.

Damit schiebt die schwarzgrüne Landesregierung den schwarzen Peter den eh schon klammen Kommunen zu. Was mit Kindern mit Behinderung im Rahmen des Paktes geschehen soll, wird ebenso wenig be-

antwortet wie die simple Frage, wie Kinder in den Ferienzeiten betreut werden. Auch die Aufgabenteilung zwischen Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern ist nicht geregelt.

### Klätlich und durchschaubar

Alles im allen ist der so genannte „Pakt für den Nachmittag“ ein ebenso klätlicher wie durchschaubarer Versuch der Landesregierung, sich möglichst gesichtswahrend aus der Verantwortung zu ziehen und die Forderungen nach dem Ganztagschulausbau, für den ja das Land Hessen zuständig ist, abzuwürgen. Mit guter und gerechter Schulpolitik hat das nichts zu tun, DIE LINKE wird immer wieder auf diese Fehlentwicklung hinweisen.

## Kinderrechte ins Grundgesetz

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt in Deutschland seit 1992 – aber vollständig umgesetzt ist sie immer noch nicht. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen werden bei vielen wichtigen Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung zu wenig berücksichtigt. DIE LINKE setzt sich seit langem für die Stärkung der Kinderrechte in Deutschland und ihre Aufnahme ins Grundgesetz ein. Unterstützung bekam sie jüngst vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte. Bei seinem Herbst-Kongress in Bad Orb kritisierte dieser es als nicht hinnehmbar, dass die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in so starkem Maße von der sozialen Herkunft und dem Bildungsstand des Elternhauses beeinflusst wird.

# Flughafen Frankfurt: „Lärmpausen“ sind Mogelpackung

Flughafen inmitten eines Ballungsraums kann nicht immer weiter wachsen / Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr dringend nötig

Die Belastung in der Region um den Frankfurter Flughafen ist in den letzten Jahren für viele Menschen unerträglich geworden. Der zunehmende Fluglärm senkt die Lebensqualität und ist auf Dauer gesundheitsschädlich.

Natürlich bietet der Flughafen vielen Menschen Arbeit und bindet die Region an die Welt an. Dennoch kann ein Flughafen inmitten eines dicht besiedelten Ballungsgebietes nicht immer weiter wachsen.

Es muss hinterfragt werden, ob wirklich immer mehr Flüge notwendig und erstrebenswert sind. Wir meinen, dass der Frankfurter Flughafen nicht um jeden Preis mit den Riesenairports in Istanbul oder den Golfstaaten um möglichst viele Umsteiger konkurrieren muss. Die Grenzen der Belastbarkeit sind hier in der Region mittlerweile längst überschritten.

Die Landesregierung hat nun Modelle für so genannte „Lärmpausen“ vorgestellt, mit

denen die einzelnen Landebahnen für einzelne Stunden stillgelegt werden sollen. Es sollen aber weiterhin genauso viele Flugzeuge fliegen, dann nur von einer anderen Bahn. Der Lärm wird umverteilt und sogar noch gebündelt. Es wird also vielleicht für manche Anwohner mal kurz etwas leiser, für andere aber wird es dann lauter. Und auch dies funktioniert nur bei guten Wetterbedingungen und solange es keine Störungen im Betriebsablauf gibt.

## Bloße Lärmverschiebung

„Hier handelt es sich also nicht um Pausen für die betroffenen Menschen, sondern um eine Lärmverschiebung. So sollen die Proteste beruhigt werden, ohne dass es die Luftverkehrswirtschaft einen Cent kostet. Und ab einem gewissen Flugaufkommen funktioniert diese Umverteilung wiederum gar nicht mehr“, kritisiert Janine Wissler, Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecherin

der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag.

Währenddessen kämpfen viele mit hohen Subventionen aus Steuermitteln am Leben gehaltene Regionalflughäfen mit gähnender Leere. Viele Flughäfen haben Kapazitätsüberschüsse, weil überall immer weiter gebaut oder ausgebaut wird in der Hoffnung, einem anderen Flughafen Passagiere abjagen zu können. Ein europaweites Flughafenkonzept, das die Zahl und Nutzung der Flughäfen regelt, könnte hier Abhilfe schaffen. Im Jahr 2011 wurde dort, wo bis dahin der Kelsterbacher Wald stand, die neue Landebahn Nordwest eröffnet. Seitdem leiden die Menschen in der Region unter noch mehr Lärm und Schadstoffen. Und der Flughafen ausbau geht immer weiter, Schritt für Schritt. Im Landtagswahlkampf haben die Grünen versprochen, den Bau von Terminal 3 zu verhindern. Nun wurde er vom grünen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir ebenso durchgewunken

wie von seinem Parteifreund, dem Frankfurter Planungsdezernenten Olaf Cunitz, der im Sommer die Baugenehmigung erteilte. Die Grünen drohen damit de facto eine weitere Flughafen ausbaupartei zu werden.

## Mehr Flüge auf die Bahn

Als einzige Fraktion im Hessischen Landtag sagt DIE LINKE: Ein Flughafen inmitten eines Ballungsraums kann nicht immer weiter wachsen. Innerdeutsche Flüge müssen vermehrt auf die Bahn verlegt werden. Nötig wäre eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr, die Stilllegung der neuen Landebahn und ein echtes, achtstündiges Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

\*\*\*\*

Janine Wissler,  
Fraktionsvorsitzende DIE  
LINKE im Hessischen Landtag



DIE LINKE fordert die Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 und ein echtes, achtstündiges Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.



Bild: Ralf Knuth / pixelio.de

## Menschen wie Menschen behandeln

Verbindliche Mindeststandards bei Unterbringung von Asylsuchenden

Die Misshandlung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften hat die Frage nach Mindeststandards bei der Flüchtlingsunterbringung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Systematische Mängel und fehlende Aufsicht waren verantwortlich dafür, dass Mitarbeiter eines privaten Wachdienstes über einen längeren Zeitraum Geflüchtete schlagen und quälen konnten.

Um ähnliche Vorfälle in Hessen zu vermeiden, fordern die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen und DIE LINKE verbindliche Mindeststandards bei der Unterbringung

von Asylsuchenden, die auch eine regelmäßige Kontrolle der Unterkünfte einschließt. Solche Mindeststandards versucht die schwarzgrüne Landesregierung zu vermeiden, weil sie höhere Kosten fürchtet.

## Flüchtlinge müssen sicher sein

Doch beim Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte muss das Wohl der Menschen zentrales Anliegen sein und nicht Kostenminimierung. Die Betreuung durch Sozialarbeiterinnen sowie die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner gehören nach Ansicht der

LINKEN in die Hand von qualifizierten Mitarbeiterinnen der öffentlichen Hand oder der freien Wohlfahrtspflege.

Dabei darf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ohnehin nur eine zeitlich befristete Notlösung sein: Asylsuchende, insbesondere Familien mit Kindern, haben ein Recht darauf, in Wohnungen untergebracht zu werden.

\*\*\*\*

Barbara Cárdenas, schulpolitische Sprecherin DIE LINKE im Landtag



## Das Sterben stoppen

Keine Festung Europa: Sichere Fluchtwege schaffen

Rund ein Jahr nach der Bootskatastrophe von Lampedusa, bei der 366 Asylsuchende vor der italienischen Küste ertranken, stehen grundlegende Reformen in der europäischen Asylpolitik immer noch aus.

Fast pünktlich zum Jahrestag stellt Italien die Operation „Mare Nostrum“ ein, mit der innerhalb eines Jahres rund 130.000 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet werden konnten. Beim Nachfolgeprojekt „Triton“, das die europäische Grenzschutzagentur Frontex leitet, geht es primär um Grenzkontrollen und nicht um Rettungsaktionen.

Wer in Europa Schutz vor Verfolgung, Kriegen und Hunger sucht, ist weiterhin auf lebensgefährliche Fluchtwege angewiesen. Die meisten dieser Routen führen über das Mittelmeer, wo allein seit Jahresbeginn 3.000 Menschen umgekommen sind.

DIE LINKE fordert ein grundsätzliches Umdenken in der europäischen Flüchtlingspolitik. Der Schutz von Asylsuchenden, nicht deren Abschreckung, müsse im Vordergrund stehen. Schutzsuchende bräuchten legale und sichere Möglichkeiten, um Europa zu erreichen. Eine europäische Seenotrettung sei dringend erforderlich.

## Ärztlicher Bereitschaftsdienst in Not

Kassenärztliche Vereinigung reduziert die Anzahl der bestehenden Zentralen

Stell dir vor – es ist Samstag und du brauchst ärztlichen Rat. Früher hat man sich in so einer Situation die Adresse des nächsten Bereitschaftsdienstes herausgesucht. Heute kann dies eine längere Reise bedeuten – ohne Auto, Bus oder Bahn ein Riesenproblem.

Der Grund dafür ist ebenso simpel wie gravierend: die Kassenärztliche Vereinigung Hessen reduziert gegen viele Proteste die ärztlichen Bereitschaftsdienstzentralen, die am

Feierabend und am Wochenende den Hausarzt ersetzen. In Neu-Isenburg und Bad Vilbel wurden tausende Unterschriften für den Erhalt der Bereitschaftszentralen gesammelt – vergebens.

Eine wohnortnahe Versorgung sei jedoch dringend erforderlich, sagt Marjana Schott, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag. „Bei einer älter werdenden Bevölkerung und einer so wichtigen Ange-

legenheit wie der Gesundheit darf man keine Leistungen einsparen. Wenn der ärztliche Bereitschaftsdienst zu weit entfernt ist oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Krankheitsfall gar nicht zu erreichen ist, rufen viele Menschen gleich bei den Rettungsdiensten an oder gehen sofort in die Notfallambulanz der nächstgelegenen Klinik.“ Dies führe aber zu höheren Kosten bei den Krankenkassen und den Krankenhäusern.



Bild: Rainer Sturm / pixelio.de

Künftig drohen weite Wege bis zum nächsten ärztlichen Bereitschaftsdienst.

Schott sieht die Landesregierung in der Verantwortung: „Sozialminister Grüttner hat die Aufsicht über die ärztliche Ver-

sorgung. Er muss bei der Kassenärztlichen Vereinigung auf den Erhalt der bewährten Einrichtungen vor Ort dringen.“

# Schwere Vorwürfe gegen Politik und Verfassungsschutz

Prominente NSU-Experten diskutierten auf Einladung der Fraktion / Viele Fragen für hessischen Untersuchungsausschuss

Im NSU-Prozess wurden von der hessischen Polizei erneut massive Vorwürfe gegen den hessischen Inlands-Geheimdienst Verfassungsschutz erhoben. Sie richten sich vor allem gegen Andreas Temme, den Geheimdienst-Mitarbeiter mit Spitznamen „klein Adolf“. Er war nicht nur unmittelbar beim Mord an Halit Yozgat in Kassel am Tatort, sondern führte V-Leute der Szene, sprach vor und nach dem Mord mit einem Nazi-V-Mann und hat Ermittler darüber ganz offenkundig immer wieder belogen. Politisten sagen bis heute: Die NSU-Ermittlungen wurden durch den Geheimdienst und den damaligen Innenminister Volker Bouffier blockiert.

Prominente NSU-Experten diskutierten in Frankfurt die Ergebnisse und offenen Fragen zum NSU-Komplex. Auch Hans-Christian Ströbele (Grüne), Alexander Kienzle (Anwalt im NSU-Prozess) und der NSU-Experte Dirk Laabs (Autor „Heimatschutz“) erhoben dabei schwere Vorwürfe – insbesondere gegen den hessischen Geheimdienst und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier.

## Geheimdienst mauert

Alexander Kienzle, Anwalt der Familie Yozgat im NSU-Prozess, sagte mit Blick auf Temme: „Verfassungsschützer haben sich allzu oft als schlichte Verfassungsfeinde entpuppt“.

Nach wie vor würde der hessische Geheimdienst alles tun, um Aufklärung zu verhindern. Hans-Christian Ströbele stellte sich in direkten Gegensatz zu den hessischen Grünen und fragte empört: „Wo gibt's denn sowas? Das waren doch keine Ermittlungen. Das muss jetzt endlich aufgeklärt werden.“ Und NSU-Experte Dirk Laabs bezeichnete die Aufklärung in Hessen als „zentral für den Gesamtkomplex“. Andreas Temme und der damalige Leiter des hessischen Geheimdienstes, Lutz Irrgang, hätten vor Ausschüssen und im NSU-Prozess mehrmals gelogen.

## Kritik an V-Leute-System

Petra Pau (MdB DIE LINKE) stellte gemeinsam mit Ströbele fest, dass weitere Aufklärung zur staatlichen Verstrickung über das V-Leute-System dringend nötig sei. Auch die fehlenden Konsequenzen aus dem NSU-Komplex seien dramatisch. „Auch deshalb setze ich auf einen hessischen NSU-Ausschuss“, so Pau. Martina Renner, ehemals Obfrau im Thüringer NSU-Ausschuss, stellte die Frage staatlicher Schuld. „Ich gehe nicht von Staatsversagen, sondern von Schuld aus.“ Das müsse auch strafrechtlich geklärt werden.



Die Experten auf dem Podium machten deutlich, dass auch nach mehreren Untersuchungsausschüssen vielen Spuren im NSU-Komplex noch nicht nachgegangen wurde.

Ströbele fiel dabei insbesondere der heutige Geheimdienst-Koordinator im Bundeskanzleramt, Klaus-Dieter Fritzsche ein: „Diejenigen, die sich in Behörden schuldig gemacht haben, die so total versagt haben, dürfen nicht länger in verantwortungsvollen Positionen sein.“

Mehr Infos, Bilder und Video finden Sie im Internet: [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

\*\*\*\*

Hermann Schaus, Parl. Geschäftsführer DIE LINKE. im Hessischen Landtag



**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

☐ Ich möchte weitere Informationen.

☐ Bitte informieren Sie mich über Veranstaltungen in meiner Nähe.

☐ Ich möchte den Newsletter abonnieren.

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 / 350 60 90,  
Fax: 0611 / 350 60 91  
[die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)  
[www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)



Riesiges Interesse am Thema NSU. Gut 250 Personen kamen Ende September in das Foyer des Frankfurter Theater Willy Praml zu unserer Podiumsdebatte „Abgründe des Staatsversagens? Verfassungsschutz und NSU“.

## Kommunen am Tropf

Landesregierung umgeht Urteil des Staatsgerichtshofs

Im Mai 2013 urteilte der Hessische Staatsgerichtshof, dass der Kommunale Finanzausgleich (KFA) verfassungswidrig sei. Die willkürliche Streichung von insgesamt etwa 350 Millionen Euro für die hessischen Städte und Gemeinden pro Jahr ist damit – wie es die LINKE schon länger prophezeite – rechtswidrig.

Wer nun aber glaubte, dass den chronisch unterfinanzierten hessischen Kommunen nun wieder mehr Geld zur Verfügung stünde, der sieht sich getäuscht. Die „Experten“ im hessischen Finanzministerium stellten nämlich fest, dass der tatsächliche Finanzbedarf der hessischen Kommunen deutlich niedriger sei, als bisher angenommen.

Für die hessischen Kommunen bedeutet dies, dass sie trotz eines für sie positiven Urteils des Staatsgerichtshofs in Zukunft nicht mehr Geld vom Land erhalten werden, obwohl dies notwendig wäre.

Für den finanzpolitischen Sprecher der LINKE-Landtags-

fraktion Willi van Ooyen steht fest: „Es ist absehbar, dass die Landesregierung an der Aufgabe scheitert, einen gerechten kommunalen Finanzausgleich zu gestalten.“

## Grundsteuern verdreifacht

In der Tat ist es so, dass es keine gute Kommunalpolitik sein kann, wenn die Kommunen nur über Kürzungen und Gebührenerhöhungen zu entscheiden haben. Aktuell erhöhen viele Kommunen ihre Grundsteuern drastisch. Mancherorts werden diese sogar verdreifacht.

Die hessischen Kommunen brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung, um ihren vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden. „Dazu brauchen wir endlich eine gerechte Steuerpolitik, die große Vermögen und Einkommen stärker besteuert als bisher. Gebührenerhöhungen höhere Beiträge hingegen lehnen wir jedoch strikt ab“, so van Ooyen abschließend.

## Saubere Werra erst in 60 Jahren

Pläne der Landesregierung gefährden tausende Arbeitsplätze im Kalibergbau

Erst lange nach dem Ende der Kaliproduktion in Thüringen und Hessen soll die Werra wieder ein Süßwasserfluss werden. Das ist das Ergebnis des von der grünen Umweltministerin Priska Hinz mit dem Düngemittelkonzern K+S ausgehandelten vorgeblich „nachhaltigen“ Sechzigjahresplans. Das einzige, was in diesem Plan nachhaltig ist, sei jedoch die Zeit der Einlei-



Mehrere Millionen Kubikmeter Kali-Abwässer landen jährlich in der Werra.

tung von Salzlauge in die Flüsse, sagt Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag. „Die trinkwassergefährdende Verpressung von Abwässern in den Untergrund bis 2021 sowie die Oberwässerpipeline mit den Stapelbecken in Nordhessen bis 2075 verstoßen gegen die Umweltgesetzgebung und gefährden Arbeitsplätze in der Kaliindustrie. Das Konzept der Ministerin ist unrealistisch und nicht durchsetzbar.“

Die Abfälle aus dem Kalibergbau gehörten wieder unter Tage und nicht in die Flüsse, in das Grundwasser oder auf Halden.

## Gesamtbilanz der Schäden

Seit 2007 fordert DIE LINKE, die Entsorgung der flüssigen Abfälle vor Ort durch Eindampfung mit der Restwärme aus der Stromproduktion zu prüfen. Notwendig ist, auch die Kosten der Schäden, die durch die Versalzung von Grund- und

Oberflächengewässer entstanden sind, in diese Rechnung einzubeziehen. Denn was die Gewinne bei K+S schmälert, kann sich volkswirtschaftlich durchaus rechnen. Außerdem könnten sich Anwohner und Touristen nicht erst in zwei Generationen über einen sauberen Fluss freuen.

\*\*\*\*

Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag



## IMPRESSUM:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Tel. 0611/350 60 90,  
Fax 0611/350 60 91  
[die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)  
[www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)  
Redaktion: B. Schmid, J. Cezanne  
Gestaltung: J. Güttler  
Druck: Mediaservice

## TTIP gefährdet Kulturgüter

Geplantes Freihandelsabkommen ist Gift für heimische Verlage

Ministerpräsident Volker Bouffier hat zur Eröffnung der diesjährigen Buchmesse Werbung für das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA gemacht. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden mit großer Skepsis aufgenommen. Worum geht es?

Buchhändler, Verlage und Schriftsteller befürchten, dass bei den Verhandlungen die großen Internetkonzerne wie Amazon, Google oder Ebay



Willi van Ooyen, Fraktionsvorsitzender und europapolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

ihre Interessen durchsetzen könnten. Dadurch könnte zum Beispiel die Preisbindung für Bücher in Deutschland in Gefahr geraten.

Was ist das besondere an der Buchpreisbindung?

Die Buchpreisbindung ist eine wesentliche Fördermaßnahme im kulturellen Bereich. Durch sie gewinnen alle. Der Kunde zahlt für ein Buch überall denselben Preis. Darüber hinaus wird eine vielfältige Buchhandelslandschaft erhalten. Aber gerade Amazon versucht mit Dumpingpreisen, diese Preisbindung zu unterlaufen.

Und worum geht es bei den Verhandlungen noch?

Direkter Bestandteil der Verhandlungen sind Güter, die online vertrieben werden. Dazu gehören nach der internationalen Warenklassifikation auch elektronische Bücher. Auch hier fordert Amazon bereits eine Ausnahme von der Buchpreisbindung für E-Books.

Vor allem aber besteht die Gefahr, dass über die im Abkommen vorgesehenen Schutzrechte für Investitionen private Konzerne klagen können: Betroffen wären als vermeintlich „außertarifäre Handelshemmnisse“ unter anderem die Buchpreisbindung, die deutsche Filmförderung oder die ermäßigte Mehrwertsteuer.

Dazu kommt: viele Kulturschaffende arbeiten schon heute in unsicheren Jobs und werden schlecht bezahlt. Das Freihandelsabkommen würde zu noch mehr Druck führen.

Was will DIE LINKE erreichen?

Kultur ist mehr als eine Ware und kann nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet werden. Dass geplante Freihandelsabkommen gefährdet den Schutz und die Vielfalt von Kulturgütern. Deshalb gibt es für uns nur eine logische Konsequenz: Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen (TTIP) sofort stoppen!



## Platzrunden um den Leuchtturm

Seit Inbetriebnahme stets das gleiche Bild: gährende Leere am Flughafen Kassel-Calden. Von der Landesregierung einst als Leuchtturmprojekt gepriesen, versuchen die Verantwortlichen des rund 270 Millionen Euro teuren Pleite-Projekts jetzt offenbar, auf neuen Wegen aus der Krise zu kommen: Rundflüge statt der

ausbleibenden Linienflüge. Ob sich die drei Passagiere für eine Platzrunde gefunden haben, wissen wir zwar nicht. Fest steht jedoch, dass der Betrieb des Flughafens die Steuerzahler im Land pro Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag kostet. Geld, dass an anderen Stellen schmerzlich vermisst wird.

## Für ein solidarisches Europa

Blockupy-Bündnis organisiert Proteste gegen Eröffnung der EZB in Frankfurt

In den Ländern Europas erleben wir Angriffe auf Löhne, Sozialstaat und Demokratie. Für die Rettung der Anleger und ihrer Banken sowie zur Bewältigung der Krisenkosten wird die Bevölkerung in Geiselschaft genommen. Gegen die staatlich verordneten Verarmungsprogramme und die Macht der Banken hat sich ein breites Bündnis unter dem Namen „Blockupy“ gebildet.

In Frankfurt am Main wurde jetzt zusammen mit vielen europäischen Gästen über Widerstand und Formen des zivilen Ungehorsams beraten – denn hier in der Bankenstadt wird die Europäische Zentralbank ab Frühjahr kommen. Den Jahres ihren neuen Hochhaus-Palast beziehen und über die Geschicke ganzer Nationen entscheidend mitbestimmen.

### „Blanker Hohn“

Die geplante kostspielige Eröffnungsfeier mit Sekt und Lachshäppchen kritisiert Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag scharf: „Es ist doch blanker Hohn vor dem Hintergrund der Verarmungspolitik



Mit einem massiven Polizeiaufgebot schützt sich die EZB vor den Bürgern.

der Troika, die maßgeblich von der Europäischen Zentralbank bestimmt wird. Es gibt keine Konkurrenz zwischen Spanien\_innen, Portugies\_innen und uns, nur zwischen Oben und Unten, Arm und Reich.“

Blockupy baut gemeinsam mit anderen in Zeiten der Lähmung eine europaweite Plattform des Widerstands – gegen eine unsoziale Kürzungspolitik der Staaten, gegen Ausbeutung und für grenzüberschreitende Solidarität. Für Blockupy ist Europa dabei keine Frage des Passes und der Herkunft, sondern schlicht die Region, in der wir beginnen, uns gemeinsam zu wehren.

Wilken: „Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass viele Menschen in Europa die verheerenden Auswirkungen unsozialer Kürzungs- und Sparprogramme inzwischen als das erkannt haben, was sie sind: nämlich der Versuch, die Macht der Banken zu erhalten und die Gräben in Europa zu vertiefen.“

[www.blockupy.org](http://www.blockupy.org)

\*\*\*\*

Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag



## Mehr Sozialwohnungen

Fehlbelegungsabgabe soll Gerechtigkeitslücke schließen

In Hessen fehlen Sozialwohnungen. Von ehemals 205.000 Sozialwohnungen im Jahr 1991 sind gerade einmal 100.000 übrig geblieben. Besonders in Ballungsräumen müssen sich Anspruchsberechtigte auf dem privaten, hochpreisigen Wohnungsmarkt versorgen, während Menschen mit inzwischen höheren Einkommen in öffentlich geförderten Wohnungen mit niedrigen Mieten wohnen – ein gravierendes Problem und eine Gerechtigkeitslücke, dass die Linksfraktion im Landtag mit ihrem Gesetzentwurf zur Wiedereinführung einer Fehlbelegungsabgabe schließen will.

„Der soziale Wohnungsbau in Hessen wird seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt, während die Zahl der Anspruchsberechtigten Jahr für Jahr steigt. Wir wollen keine Altmietverdränger, aber wir müssen erreichen, dass mehr neue Sozialwohnungen gebaut werden“, erklärt der wohnungspolitische Sprecher der Fraktion, Hermann Schaus, den Gesetzesvorstoß.

Deshalb sollten die Mieter\_innen, deren Einkommen die Anspruchsgrenze um mehr als 50 Prozent übersteigt, eine ge-

staffelte Abgabe zahlen. Dabei regelt der Gesetzentwurf verbindliche Höchstbeträge auch, dass mit der Fehlbelegungsabgabe die Miete nicht über den ortsüblichen Vergleichsmieten liege.

### Einnahmen von 20 Millionen

Der Gesetzentwurf stellt einen wichtigen Beitrag zum Bau neuer Sozialwohnungen dar, die besonders im Rhein-Main-Gebiet und in den Universitätsstädten so dringend gebraucht werden. Die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von ca. 20 Millionen Euro sollen die Städte zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau erhalten.

„Aufgrund der ständigen Mietpreissteigerungen auf dem privaten Markt und der dramatisch hohen Zahl an Menschen, die mehr als 50% ihres Einkommens alleine für Miete und Umlagen aufbringen müssen sowie bei Studienanfängern, die keinen geeigneten Wohnraum finden und monatelang in Turnhallen campieren müssen, sind wir gezwungen, auf allen Ebenen den Wohnraumangel zu beiseitigen“, so Schaus.